

BESCHLUSS

des 53. Ord. Bundesparteitages der FDP, Mannheim, 10. - 12. Mai 2002

Tourismus-Standort Deutschland stärken

Der Tourismus ist eine der wichtigsten Dienstleistungs- und Zukunftsbranchen in Deutschland und weltweit. Damit das große Potential von 400.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen in Deutschland ausgebaut und die bestehenden 2,8 Millionen Arbeitsplätze gesichert werden können, muss der Tourismus zum integralen Bestandteil der Wirtschaftspolitik entwickelt werden. Dabei kommt der Stärkung der mittelständischen Strukturen in der Tourismuswirtschaft eine zentrale Rolle zu.

Die EURO - Bargeldeinführung zum 01. Januar 2002 führt im EURO-Land zu mehr Wettbewerb. Die heimische Tourismuswirtschaft wird mit ihrer hohen Qualität und ihrer Leistungsbereitschaft von diesem Wettbewerb dann profitieren, wenn die Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass Freiräume für eigenverantwortliches Handeln geschaffen und Wettbewerbsverzerrungen abgebaut werden.

Die Bundesregierung hat mit ihren bisherigen Initiativen die Rahmenbedingungen für die touristische Entwicklung in unserem Land nachhaltig verschlechtert. Mit der Einführung der so genannten Ökosteuer, der Neuregelung der 630-DM-Jobs, der Novelle zum Betriebsverfassungsgesetz und einer Steuerreform, die die Belange des Mittelstandes und damit der Tourismuswirtschaft zu wenig berücksichtigt, wurden die Rahmenbedingungen verschlechtert. Derartige nationale Verzerrungen senken die Wettbewerbsfähigkeit der Tourismuswirtschaft und führen letztlich zum Verlust von Marktanteilen und Einkommen.

Die FDP fordert daher

- eine mittelstandsfreundliche, unbürokratische und einfache Steuerreform mit Stufentarifen von 15, 25 und 35 % umzusetzen;
- auf europäischer Ebene durch die Einführung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes für die deutsche Hotellerie die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Tourismuswirtschaft nachhaltig zu stärken;
- die Einführung und die geplante Fortführung der so genannten Ökosteuer rückgängig zu machen, um so die Wettbewerbsnachteile für die heimische Tourismuswirtschaft zu beseitigen;

- durch die Durchsetzung von im EU-Rahmen vergleichbaren Normen, Auflagen und Standards die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen zu steigern;
- die Voraussetzungen zu schaffen, um die Dienstleistungsbereitschaft und Kundenorientierung weiter zu verbessern. Dazu gehören insbesondere:
 - die Abschaffung der Trinkgeldbesteuerung,
 - eine Liberalisierung der Sperrzeiten und längere Öffnungszeiten in der Außen gastronomie (Biergärten),
 - die Abschaffung des Ladenschlussgesetzes, um damit Bürokratie abzubauen und Deregulierung durchzusetzen und den veränderten Verbraucherwünschen nachzukommen.
 - das Arbeitsrecht flexibler zu gestalten, um die erforderlichen Rahmenbedingungen zur Schaffung neuer und zur Sicherung bestehender Arbeitsplätze zu schaffen. Dazu gehört insbesondere die Rückkehr zur Pauschalbesteuerung und eine Ausweitung für geringfügig Beschäftigte bis 630 EURO;
 - die Arbeitserlaubnispflicht für legal in Deutschland lebende Ausländer abzuschaffen;
 - die Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes zurückzunehmen;
 - das Teilzeitgesetz aufzuheben und
 - die Greencard nicht nur für IT-Berufe und den Pflegebereich, sondern auch für die Gastronomie und Hotellerie einzuführen;
- zur Sicherung bestehender und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze zusätzliche Initiativen aufzugreifen, die zu einer Stärkung der Tourismusbranche beitragen. Dazu gehört zum Beispiel, die touristische Beschilderung entlang von Autobahnen flexibler zu gestalten und ein Konzept für die touristische Beschilderung insgesamt zu entwickeln.